

Kriege und Konflikte

- Deutsch-Dänischer Krieg 1864
- Deutscher Krieg 1866
- Deutsch-Französischer Krieg 1870/1871

Deutsch-Dänischer Krieg

1864

Deutscher Krieg 1866

Inhaltsverzeichnis

1. Die Schlacht bei Königgrätz 1866
2. Der Deutsche Krieg 1866
3. Der Prager Frieden 1866

1. Die Schlacht bei Königgrätz 1866

Vor mehr als 150 Jahren, am 3. Juli 1866, besiegten preußische Truppen die Armeen Österreichs und Sachsens in der Schlacht bei Königgrätz im damaligen böhmischen Teil Österreichs (heute Hradec Králové, Tschechien). Diese militärische Entscheidung bedeutete nicht nur den Sieg Preußens über Österreich, sie machte in den weiteren Auseinandersetzungen des „Bruderkrieges“ Preußen zur Führungsmacht unter den deutschen Territorialmächten und kann mittelbar als Wegbereiter für die deutsche Reichsgründung von 1871 angesehen werden. Die Schlacht bei Königgrätz stellt somit einen Schlüsselmoment der deutschen Geschichte dar.

Dieser Krieg stand zusammen mit dem Deutsch-Dänischen Krieg von 1864 und dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 unter den Vorzeichen der vom preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck aggressiv betriebenen Bündnis- und Außenpolitik. Bereits mit der Kapitulation der hannoverschen Truppen gegenüber den Preußen nach der Schlacht von Langensalza (27. Juni 1866) wurde das eng mit dem englischen Königshaus verbundene Königreich Hannover als politischer Gegner Preußens ausgeschaltet. Mit dem darauf folgenden Sieg gegen die Österreicher und Sachsen bei Königgrätz konnte Preußen sich erfolgreich gegen seine bis dahin stärksten Konkurrenten behaupten. Die endgültige Durchsetzung der preußischen Führungsmacht gelang indes erst in den weiteren Kämpfen des „Bruderkrieges“ gegen die deutschen Bundestruppen, so etwa in der Schlacht bei Kissingen am 10. Juli 1866. Die Schlacht bei Königgrätz wird zu Recht als „Zeitenwende“ (Frank Becker) beschrieben, die letztlich an der Innovationsfähigkeit des preußischen Militärs festgemacht werden kann. Im Fokus steht das Modernitätsstreben der preußischen Armee – und das Fehlen desselben auf österreichischer Seite. Die preußische Armee wurde durch technische, strategisch-taktische, organisationelle wie politische Neuerungen zur modernsten Streitkraft ihrer Zeit. Hierzu zählen die allgemeine Wehrpflicht, die Etablierung des Generalstabs, die Aufrüstung der Heeresreformen, die Einführung der Auftragstaktik, die Nutzung von Telegrafentechnik und der Eisenbahn sowie die beständige Weiterentwicklung der Waffentechnik (Zündnadelgewehr). Diese Entwicklungen werden durch das Österreichische Heer kontrastiert, das, bedingt durch Sparmaßnahmen der Regierung, schlecht ausgerüstet und, vor

allem im Bereich der Unteroffiziere, personell schlecht ausgestattet war, was zu einer Überlastung der Stäbe führte. Während in Preußen mit Bismarck und Moltke zwei Vertreter des niederen Adels in führenden Positionen zu großer Macht kamen, wurde dem österreichischen Oberbefehlshaber Benedek, ebenfalls niederen Adels, die Durchsetzung seiner Autorität durch das konservativ-ständische Offizierskorps erheblich erschwert. Insubordination ließ den taktischen Plan Benedeks nicht aufgehen und trug entscheidend zur österreichischen Niederlage bei.

Königgrätz war die quantitativ größte Schlacht der Menschheitsgeschichte vor dem Ersten Weltkrieg, gemessen an der Zahl der unmittelbar involvierten Individuen (Kombattanten). Gleichzeitig handelte es sich um eine der letzten Großschlachten, in denen es zum kriegsentscheidenden Einsatz der Kavallerie alten Types kam.



Reiterattacke preußischer Roter Husaren gegen österreichische Dragoner

Das Thema bietet in vielfacher Hinsicht die Möglichkeit einer weiterführenden Differenzierung traditioneller und neuerer Perspektiven: Lange Zeit berief sich die wissenschaftliche Forschung auf den Einfluss technischer Neuerungen, wie das Zündnadelgewehr oder die Telegraphentechnik, und logistischer Revolutionen, wie die hauptsächliche Nutzung der Eisenbahn für die Truppenverlegungen. Diese hätten entscheidend zur Einführung der Auftragstaktik beigetragen und seien der Grundstein des preußischen Sieges gewesen. Die schlachtentscheidende Bedeutung des Zündnadelgewehrs wird in der modernen Forschung vermehrt in Frage gestellt. Das Gewehr bestach durch eine enorm hohe Schusskadenz und konnte im Liegen nachgeladen werden, war letztlich aber sehr wetteranfällig und nur mit speziellem Werkzeug zu warten. Ähnlich verhält es sich mit der Tragweite des Eisenbahneinsatzes durch Helmuth von Moltke d.Ä. als Haupttransportmittel für Truppen, militärisches Gerät und Nachschub, das mittlerweile eher als Risikounternehmen denn als genialische Planungsleistung eingeschätzt wird. Zur Entscheidung der Schlacht wird grundsätzlich diskutiert, inwiefern rein militärische Entwicklungen oder die politische Einflussnahme der österreichischen Regierung für einen Ausgang der Schlacht zugunsten Preußens ursächlich waren. Der Deutsche Krieg und die Schlacht von Königgrätz zeigen nicht nur einen Wandel in den militärischen Strukturen sondern beleuchten auch eine Veränderung in der öffentlichen Wahrnehmung. Durch die oben beschriebene Durchmischung des preußischen Heeres treten nun erstmals auch Schriftquellen auf, die nicht von kommandierenden Adligen verfasst wurden. Die „Medienrevolution“ des 19. Jahrhunderts entfaltete in diesem Zeitraum ihre Wirkung. Korrespondenten folgten den Heeren in die Schlacht und konnten bereits wenige Tage später detaillierte Berichte publizieren – vornehmlich über das neue Massenmedium der Zeitung.

2. Der Deutsche Krieg 1866

Im Deutschen Bund herrschte ein labiles Gleichgewicht zwischen den sich gegenseitig misstrauenden Rivalen Preußen und Österreich. Ihr gemeinsam erfochtener Sieg im Deutsch-Dänischen-Krieg 1864 überdeckte den jahrzehntelangen Dualismus nur oberflächlich. Im Frühjahr 1866 spitzte sich der preußisch-österreichische Gegensatz zu. Beiderseitige Rüstungsanstrengungen und Geheimverträge mit europäischen Staaten hatten die Spannungen verstärkt, die schließlich wegen des Verwaltungskonflikts um Holstein und Schleswig eskalierten. Österreich wollte die endgültige Regelung der schleswig-holsteinischen Frage dem Bundestag in Frankfurt überlassen, der von beiden Seiten immer öfter zum öffentlichen Austragungsort ihrer machtpolitischen Gegensätze geworden war.

Da Preußen Gefahr lief, von Österreich und antipreußisch eingestellten Staaten in die Defensive gedrängt zu werden, warf der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck Österreich den Bruch der 1865 unterzeichneten "Gasteiner Konvention" vor. Sie hatte Schleswig preußischer und Holstein österreichischer Verwaltung unterstellt. Am 7. Juni 1866 marschierten preußische Truppen in Holstein ein, das von Österreich zuvor kampflos geräumt worden war. Daraufhin stimmten die größeren deutschen Staaten im Bundestag dem Antrag Wiens auf Mobilisierung eines Bundesheers zu. Preußen wiederum deklarierte dies als unzulässige Kriegserklärung und trat aus dem Deutschen Bund aus, den es für erloschen erklärte.

Die Armeen aus Österreich, Bayern, Württemberg, Hannover, Sachsen, Baden, Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Nassau, Sachsen-Meiningen, Liechtenstein, Reuß ältere Linie sowie Frankfurt bildeten die offiziell vom Deutschen Bund aufgestellten Koalitionstruppen. Preußen erhielt Unterstützung von Oldenburg, beiden Mecklenburgs, Braunschweig, den mittel- und norddeutschen Kleinstaaten, den Städten Hamburg, Bremen und Lübeck sowie vom 1861 neu gegründeten Königreich Italien, mit dem Preußen am 8. April 1866 ein gegen Österreich gerichtetes Bündnis eingegangen war.

Gemälde: Georg Bleibtreu: Merseburger Husaren im Angriff bei der Schlacht von Königgrätz 1866
Georg Bleibtreu: Merseburger Husaren im Angriff bei der Schlacht von Königgrätz 1866

Weder Preußen noch Österreich sprachen 1866 offiziell Kriegserklärungen aus. Stattdessen überreichten preußische Parlamentäre den Österreichern im Juni Notifikationen, aus denen hervorging, dass Preußen sich mit Österreich nun im Kriegszustand befinde. Entschieden wurde der Krieg nach nur wenigen Wochen in der Schlacht von Königgrätz am 3. Juli 1866. Im europäischen Ausland wurde der überraschend schnell errungene Sieg Preußens mit Misstrauen betrachtet. Nach diplomatischen Verhandlungen akzeptierte der selbst auf Ausdehnung seines Einflusses in Deutschland bestrebte französische Kaiser Napoleon III. zwar die Machtverschiebung zugunsten Preußens. Frankreich machte aber deutlich, dass die territorialen Einverleibungen nicht über die Mainlinie hinaus gehen dürften.

Der Friede von Prag vom 23. August 1866 hatte für Österreich ein vergleichsweise glimpfliches Ergebnis: Abgesehen von dem an Italien fallenden Venetien sicherte ihm der Vertrag zumindest territoriale Unversehrtheit zu. Ungleich härter traf es Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt, die ohne Rücksicht auf dynastische Gesichtspunkte von Preußen annektiert wurden. Damit schloss Preußen die letzte Lücke zu einem zusammenhängenden Staatsterritorium zwischen der Memel im

Osten und dem Rhein im Westen. Zugleich war mit dem Prager Frieden das Ende des seit 1815 bestehenden Deutschen Bundes besiegelt und Österreich aus Deutschland herausgedrängt. Preußen besaß nun die uneingeschränkte Vormachtstellung und gründete den Norddeutschen Bund.

3. Der Prager Frieden 1866

Mit dem Prager Frieden vom 23. August 1866 endete der Deutsche Krieg zwischen Preußen und Österreich. Den zuvor von der preußischen Armee in der Schlacht bei Königgrätz am 3. Juli 1866 gegen Österreich errungenen triumphalen Sieg hatten die europäischen Nachbarn, insbesondere der französische Kaiser Napoleon III., mit Misstrauen zur Kenntnis genommen. In dem Wissen, dass er seine politischen Forderungen nur mit Rückendeckung der europäischen Vormacht Frankreich durchsetzen konnte, verständigte sich der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck am 14. Juli mit Napoleon III. über die zentralen Punkte eines Friedensvertrags mit Österreich.

Der Vertrag sah weitreichende Annexionen Preußens in Norddeutschland, die Auflösung des Deutschen Bundes und Gründung eines von Preußen geführten Norddeutschen Bundes, das Recht der süddeutschen Staaten, einen Südbund zu bilden, sowie den Anschluss Venetiens an Italien vor. Damit erreichte Bismarck die von ihm angestrebte Machterweiterung Preußens. Napoleon III. hingegen wertete die Dreiteilung des ehemaligen Deutschen Bundes und die Beschränkung der preußischen Ausdehnung bis zur Mainlinie als strategische Sicherung französischer Interessen.

Auf Grundlage dieser Verständigung mit Frankreich gelang es Bismarck, seine Ziele im Vorfrieden von Nikolsburg vom 26. Juli 1866 gegenüber Österreich durchzusetzen. Weit schwieriger gestaltete sich für den preußischen Ministerpräsidenten, das Einverständnis der eigenen Staatsführung zu den mit Frankreich abgestimmten Plänen zu erhalten. Unterstützt von hochrangigen Militärs befürwortete der preußische König Wilhelm I. nämlich eine deutliche Demütigung des besiegten Österreich durch umfangreiche Gebietsabtretungen. Zugleich widerstrebte es seiner dynastischen Denkweise, Mitfürsten zu entthronen und ihre Länder zu annektieren. Nur mit Hilfe von Rücktrittsdrohungen und nach der ausdrücklichen Fürsprache des Kronprinzen Friedrich erhielt Bismarck die Zustimmung des preußischen Königs. Im Prager Frieden bestätigten Preußen und Österreich schließlich die Ergebnisse des Vorfriedens von Nikolsburg.

Verlinkungen:

->

Quellen:

Internetquellen

-> Jütte, Christopher u.a.: Die Schlacht bei Königgrätz 1866, in: LeMO online verfügbar seit 15.02.2016, unter: <https://www.dhm.de/lemo/rueckblick/rueckblick-schlacht-bei-koeniggraetz>, zuletzt geprüft am 02.08.2025.

-> Scriba, Arnulf: Der Deutsche Krieg, in: LeMO online verfügbar seit 06.09.2014, unter: <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/reaktionszeit/deutscherbund/deutschekrieg>, zuletzt geprüft am 26.04.2026.

-> Leicht, Johannes: Der Prager Frieden 1866, in: LeMO online verfügbar seit 14.09.2014, unter: <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/reaktionszeit/deutscher-bund-und-nationale-frage/prager-frieden-1866>, zuletzt geprüft am 26.04.2026.

Sekundärliteratur

->

->

->

Deutsch-Französischer Krieg 1870/1871

Inhaltsverzeichnis

1. Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71
2. Das "Reichsland" Elsass-Lothringen

1. Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71



Nach dem preußischen Sieg über Österreich 1866 betrachtete Frankreich die zunehmende Machtballung Preußens in Deutschland mit Sorge und bangte um seine Vormachtstellung auf dem

europäischen Kontinent. Otto von Bismarck, der Kanzler des Norddeutschen Bundes, war überzeugt, dass sich ein militärischer Konflikt mit Frankreich auf Dauer nicht vermeiden lassen werde. Er sah in einem Krieg das geeignete Mittel, die nationale Einigung Deutschlands unter Führung Preußens durch "Eisen und Blut" zu vollenden. Da sich die süddeutschen Staaten zur Waffenbrüderschaft mit Preußen verpflichtet hatten, sollten sie in einem gemeinsam gegen Frankreich geführten Krieg auch politisch in das neu zu gründende Reich eingebunden werden.

Anlass zum Krieg bot die Kandidatur des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen (1835-1905), einer katholischen Nebenlinie der Hohenzollern, um die vakante spanische Krone im Juli 1870. Preußen erkannte für sich machtpolitische Vorteile durch Inthronisierung eines Hohenzollern in Spanien, Frankreich musste sich dagegen an seiner Südwest-Flanke bedroht fühlen. Obwohl Prinz Leopold aufgrund französischer Proteste seinen Anspruch am 12. Juli 1870 zurück zog, brüskierte Bismarck den französischen Kaiser Napoleon III. mit der provozierenden "Emser Depesche" vom 13. Juli so stark, dass sich dieser - auch durch innenpolitischen Druck getrieben - am 19. Juli 1870 zur Kriegserklärung gegen Preußen veranlasst sah.

In Deutschland schlug die patriotische Begeisterung ähnlich hohe Wellen wie in den Befreiungskriegen gegen Napoleon I. (1769-1821). Entgegen den französischen Erwartungen zögerten die süddeutschen Staaten nicht, sich an die Seite des Norddeutschen Bundes unter preußischer Führung zu stellen. Bayern, Württemberg, Baden und Hessen hatten nach dem Deutschen Krieg von 1866 geheime "Schutz-und-Trutz-Bündnisse" mit Preußen abgeschlossen. Sie unterstellten ihre Armeen 1870 dem preußischen Oberbefehl. Die Nachbarstaaten Deutschlands blieben neutral.



Der deutsche Aufmarsch im Westen erfolgte mit Hilfe der Eisenbahn zügig. Die vereinigten deutschen Armeen umfassten schon bald rund 519.000 Soldaten. Das französische Berufsheer verfügte über 336.000 Mann. Im Verlaufe des Krieges wuchsen beide Heere über die Millionengrenze. Der Charakter der Kriegführung hatte sich im 19. Jahrhundert grundlegend

geändert und trat mit dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 endgültig in das Zeitalter des industrialisierten Volkskriegs ein. Nun standen sich Heere von mehreren hunderttausend Mann gegenüber. Der Einsatz von Eisenbahnen, Industrie und moderner Waffentechnik wie weitreichender Artillerie bestimmte den Verlauf der Feldzüge. Kopf der deutschen Kriegführung war der Chef des preußischen Generalstabs, Helmuth Graf von Moltke (1800-1891). Unter seiner strategischen Leitung verlief die deutsche Offensive ab August 1870 erfolgreich.

Nach Erfolgen bei Weißenburg und Wörth sowie der Erstürmung der Spicherer Höhen gelang der deutschen II. Armee unter Prinz Friedrich Karl von Preußen (1828-1885) am 16. August 1870 bei Vionville der Sieg in der ersten großen Entscheidungsschlacht des Kriegs. Zwei Tage später erfolgte bei Gravelotte die größte Schlacht des gesamten Kriegs. Die von der deutschen I. und II. Armee geschlagene französische Rheinarmee unter Marschall François Achille Bazaine (1811-1888) musste sich anschließend auf die Festung Metz zurück ziehen. Ein Entsatzversuch unter Marschall Edme Patrice Maurice de Mac-Mahon (1808-1893) endete für die französischen Truppen in einer katastrophalen, kriegsentscheidenden Niederlage bei Sedan am 2. September 1870. Beim triumphalen Sieg der deutschen III. Armee unter Kronprinz Friedrich von Preußen und der neu zusammen gestellten Maasarmee unter Kronprinz Albert von Sachsen (1828-1902) geriet auch Napoleon III. in deutsche Gefangenschaft. Er war per Eisenbahn zu den französischen Truppen geeilt, um deren Moral nach den schweren Verlusten bei Vionville und Gravelotte aufzurichten. Als Kriegsgefangener wurde Napoleon III. nach Wilhelmshöhe bei Kassel gebracht und musste später ins englische Exil gehen.



2. Das "Reichsland" Elsass-Lothringen



Durch Unterzeichnung des Frankfurter Friedensvertrags am 10. Mai 1871 im Anschluss an den Deutsch-Französischen Krieg musste Frankreich Elsass und Lothringen an das neu gegründete Kaiserreich abtreten. Nachdem die Eingliederung der französischen Gebiete in das Deutsche Reich als preußische Provinz, als Teil eines deutschen Bundesstaates oder als eigenständiger Bundesstaat verworfen worden war, nahm Elsass-Lothringen schließlich durch das Vereinigungsgesetz vom 9. Juni 1871 eine Zwischenstellung im föderativen Deutschen Reich ein: Als so genanntes Reichsland mit eigenständiger Verwaltung war es unmittelbar dem Kaiser unterstellt.

Elsass und Lothringen mussten Mitte des 17. Jahrhunderts vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation an das französische Königreich abgetreten werden und galten seitdem bei vielen Deutschen als "verlorene Reichsgebiete". Trotz der Doppelbezeichnung Elsass-Lothringen handelt es sich bei dem "Reichsland" weder um ein homogenes noch um ein geschichtlich gewachsenes Gebiet, sondern um ein vom Deutschen Reich geschaffenes künstliches Konstrukt. Nie zuvor hatten Elsass und Lothringen ein staatsähnliches oder verwaltungsmäßig zusammengehöriges Gebiet geformt, was sich in ihrer voneinander zum Teil sehr abweichenden sprachlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, konfessionellen und politischen Entwicklung widerspiegelte. In Deutschland spielten 1871 militärstrategische Überlegungen zur Grenzsicherung gegenüber Frankreich sowie nationale Forderungen zur Rückeingliederung der ehemals deutschen Gebiete eine zentrale Rolle. Darüber hinaus lag vor allem das Elsass an einem der wichtigsten westeuropäischen Verkehrsnetze. Die Vielfalt seiner Bodenschätze und seine fortgeschrittene Industrialisierung machten es für Deutschland zu einer besonders attraktiven "Kriegsbeute".

Die Annexion 1871 führte in ganz Frankreich zu einer Welle nationaler Entrüstung. Aus französischer Sicht gehörte das Gebiet zur "Grande Nation", die Zwangsabtretung war demzufolge ein nicht hinnehmbarer Verlust. So verurteilte der französische Schriftsteller Victor Hugo (1802-1885) den Versuch, "aus einem Elsässer oder einem Lothringer einen preußischen Untertan machen zu wollen". Das Gemälde Albert Bettanniens (1851-1932) von 1887 illustriert eindrucksvoll den Schmerz und den verletzten Stolz Frankreichs: Elsass-Lothringen war für viele Franzosen "der schwarze Fleck" auf der Landkarte, den es langfristig zurückzuerobern galt. Auch in den annektierten Gebieten kam es unmittelbar vor und verstärkt nach der Annexion zu heftigem Protest. Viele Bewohner Elsass-Lothringens nutzten die Möglichkeit, die französische Staatsangehörigkeit zu behalten und ihren Wohnsitz nach Frankreich zu verlegen. Bis zum Stichtag am 1. Oktober 1871 optierte rund 10 Prozent der Bevölkerung für Frankreich.



Während viele Elsässer und Lothringer ihre Heimat verließen, wanderten zahlreiche Deutsche ins "Reichsland" ein, insbesondere Beamte und Militärs. Schon 1875 stellten die Einwanderer rund fünf Prozent der Gesamtbevölkerung, 1890 etwa zehn Prozent und 1910 rund 15 Prozent. Die neue deutsche Verwaltung, welche die französische auf allen Ebenen abgelöst hatte und häufig als Fremdherrschaft wahrgenommen wurde, verfolgte eine stark repressive Germanisierungspolitik, was immer wieder zu schweren Konflikten führte. Verboten war das Singen der Marseillaise und die Verwendung französischer Hoheitssymbole. Dennoch wurde die Trikolore als Zeichen des Protests gehisst und eine bewusst französische Kultur beispielsweise in Gesangs- und Turnvereinen praktiziert, die deshalb oft von Verboten betroffen waren. Der so genannte Festtagstourismus

einiger Bewohner zum französischen Nationalfeiertag am 14. Juli ins grenznahe Belfort oder Nancy war ebenso Ausdruck eines Zugehörigkeitsgefühl zu Frankreich. Außer in den rein französischsprachigen Orten wurde das in Elsass-Lothringen mehrheitlich gesprochene Deutsch als Verwaltungs- und Amtssprache und als alleinige Unterrichtssprache eingeführt. Die französische Sprache wurde zwar zurückgedrängt, jedoch nicht gänzlich unterdrückt. Festtage wie die Geburtstage des Kaisers, aber auch die kaiserlichen Besuche sollten gezielt deutsche Identität und Loyalität gegenüber dem Reich stiften und die gewünschte kulturelle Einheit herstellen. Der allmähliche Prozess der Annäherung und Abbau von Animositäten wurde einerseits von einer gewissen Distanz und wahrnehmbaren Kluft zwischen Einheimischen und "Reichsdeutschen" im gesellschaftlichen Leben geprägt, andererseits von Formen der Annäherung und Assimilation im Bereich der Wirtschaft und der Parteienlandschaft.

Als "Reichsland" unter kaiserlichem Oberpräsidium mit Sitz in Straßburg genoss Elsass-Lothringen nicht den gleichen Status wie die anderen deutschen Staaten, im Reichstag und im Bundesrat war es zunächst nicht vertreten. Nach einem Gesetz vom 30. Dezember 1871 war das "Reichsland" in drei Bezirkspräsidien eingeteilt: Unter-Elsass mit Sitz in Straßburg, Ober-Elsass mit Colmar und Lothringen mit Metz. Darüber hinaus wurde es in 22 Stadtkreise unterteilt. Mit der in Elsass-Lothringen erst 1874 in Kraft getretenen Reichsverfassung wurde ein so genannter Landesausschuss als indirekt gewähltes Gremium mit lediglich beratender Funktion geschaffen und den Elsaß-Lothringern das Wahlrecht zum deutschen Reichstag zugesprochen. Bei der Teilnahme an der lag die Wahlbeteiligung in Elsaß-Lothringen mit 77 Prozent deutlich über dem Reichsdurchschnitt von 61 Prozent. Aus dem Reichsland wurden 15 Abgeordnete nach Berlin entsandt. Im Jahre 1879 ersetzte das neue Ministerium für Elsass-Lothringen unter der Leitung eines Staatssekretärs mit Sitz in Straßburg als höchste Regierungsbehörde die Abteilung Elsass-Lothringen im Reichskanzleramt in Berlin. Der Kaiser übertrug seine landesherrlichen Befugnisse auf einen Statthalter. Kompetenzen wurden so allmählich von Berlin nach Straßburg abgegeben. Erst 40 Jahre nach der Annexion verabschiedete der deutsche Reichstag am 26. Mai 1911 eine Verfassung für das "Reichsland": Das bis dahin unter der Verwaltung der Reichsregierung stehende "Reichsland" erhielt den Status eines deutschen Bundesstaates sowie drei Stimmen im Bundesrat, eine Landesregierung und eine repräsentative Volksvertretung.

Die sogenannte elsass-lothringische Frage erhielt mit Beginn des Ersten Weltkriegs neue Brisanz und Aktualität. Gemäß der unnachgiebigen Forderung Frankreichs nach Rückgabe seiner verlorenen Ostprovinzen konzentrierten sich die französischen Angriffe nach Kriegsbeginn auf Elsaß-Lothringen. Doch konnte die französische Armee in der Schlacht bei Mülhausen (19. August) sowie in den Schlachten in den Vogesen und in Lothringen (20. bis 22. August) keine nachhaltigen Erfolge erzielen und musste sich nach der deutschen Gegenoffensive hinter die Staatsgrenze zurückziehen. Fortan regulierte die Militärverwaltung der Obersten Heeresleitung (OHL) den Alltag des frontnahen Gebiets. Das zunehmend harte Eingreifen der Militärbefehlshaber in das öffentliche und private, das kirchliche und das politische Leben trug entscheidend dazu bei, die Reichsloyalität des Grenzlandes zu untergraben. Die pro-französische Stimmung im "Reichsland" nahm mit Internationalisierung der elsass-lothringischen Frage weiter zu. In seinem 14-Punkte-Programm forderte der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson die Klärung des Problems zugunsten Frankreichs. Letzte Versuche der deutschen Regierung im Frühherbst 1918, durch Versprechen einer weitgehenden Autonomie das Land als Bundesstaat im Reich zu halten, scheiterten

spätestens Mitte November 1918, als unter dem Jubel der Bevölkerung französische Truppen in Elsass-Lothringen einrückten. Dessen Landtag stimmte am 6. Dezember 1918 für den Anschluss an Frankreich. Der Versailler Vertrag regelte schließlich die Eingliederung von Elsass-Lothringen an Frankreich endgültig. Die anfängliche Freude und Begeisterung vieler Elsass-Lothringer wurde durch die rigide Assimilationspolitik Frankreichs allerdings erheblich gedämpft. Elsass-Lothringen blieb über Generationen hinweg ein "Zankobjekt" der beiden benachbarten Staaten und seine Bewohner wechselten so innerhalb von drei Generationen viermal ihre Staatsangehörigkeit.

Verlinkungen:

->

Quellen:

Internetquellen

->

->

->

Sekundärliteratur

-> Hennicke, Steffen: Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71, in: Lebendiges Museum Online (lemo), online verfügbar seit 14.09.2014 unter:

<https://www.dhm.de/lemo/kapitel/kaiserreich/reich/krieg1870>, zuletzt geprüft am 26.04.2026.

-> Dittrich, Viviane: Das "Reichsland" Elsass-Lothringen, in: Lebendiges Museum Online (lemo), online verfügbar seit 20.02.2007 unter <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/kaiserreich/das-reich/elsass-lothringen>, zuletzt geprüft am 26.04.2026.

->